



Berlin, 12. März 2012

GdP zu angespannter Sicherheitslage in Afghanistan:

Forderung nach gemeinsamem Abzugskonzept für Polizei und Militär bekräftigt

Berlin. Angesichts der heiklen Sicherheitslage in Afghanistan bekräftigt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ihre Forderung nach einem gemeinsamen Abzugskonzept für polizeiliche und militärische Einsatzkräfte. Zwar habe Bundesinnenminister Friedrich bereits die Absicht geäußert, den Bundeswehreininsatz und die zivile Aufbauhilfe deutscher Polizistinnen und Polizisten am Hindukusch gemeinsam beenden zu wollen, doch liege ein Konzept dazu noch nicht auf dem Schreibtisch. Bernhard Witthaut, GdP-Bundesvorsitzender: „Ohne militärischen Schutz ist ein weiterer Ausbildungseinsatz deutscher Polizeiexperten in Afghanistan nicht denkbar.“ Die GdP, so Witthaut, werde dafür sorgen, dass kein Polizist am Ende das Licht ausmacht.

Vor dem Hintergrund des schockierenden Vielfachmordes an afghanischen Zivilpersonen durch einen US-Soldaten zeigt sich Bernhard Witthaut über den Stand der Sicherheit der deutschen Polizeikräfte tief besorgt. Die abscheuliche Tat, so Witthaut, heize die negative Stimmung gegenüber ausländischen Streitkräften kräftig an. Es sei aber stark zu bezweifeln, dass zu Vergeltungsakten entschlossene Terroristen einen Unterschied zwischen einer Militär- und einer Polizeiuniform machen würden. Der GdP-Vorsitzende forderte die Bundesregierung auf, die Schutzmaßnahmen für die in Afghanistan eingesetzten Polizistinnen und Polizisten einer kritischen Überprüfung zu unterziehen.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190